

Eidgenössisches
Finanzdepartement (EFD)

Per Email versandt:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

GR/RR/lm

Bern, den 29. Januar 2026

Stellungnahme des Schweizerischen Anwaltsverbandes (SAV-FSA) zum Entwurf der Verordnung über die Transparenz juristischer Personen und die Identifikation der wirtschaftlich berechtigten Personen

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Anwaltsverband (SAV) bedankt sich für die Einladung zur Vernehmlassung.

Einleitende Bemerkungen

Die vom Bundesrat vorgelegten Entwürfe zur Verordnung über die Transparenz juristischer Personen (E-TJPV) und zur revidierten Geldwäschereiverordnung (E-GwV) dürften auf früheren Entwürfen basieren, welche noch unter der Botschaft zum TJPG verfasst wurden. Nach der parlamentarischen Beratung entstand jedoch ein erheblich angepasstes Gesetz. Die bundesrätliche Vorlage, die noch stark auf der Empfehlung 22 der FATF aufsetzte, wurde auf Unterstellungstatbestände eingeschränkt, welche aus Sicht des Parlaments Kernrisiken der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung aufweisen. Es sind nicht mehr Beratungstätigkeiten für die der FATF-Empfehlung nachgebildeten Transaktionstypen (wie Gründungen, Immobilientransaktionen, Verwaltung von Gesellschaften oder M&A Transaktionen) schlechthin unterstellt, sondern – abgesehen von der Domizilgewährung gemäss Art. 2 Abs. 3^{ter} GwG – nur die mitwirkende (also gestaltend prägende) Beratung auf der Finanzierungsseite solcher Transaktionen und zudem zu einem wesentlichen Teil nur bei Einsatz von nicht operativen Gesellschaften und anderen Rechtseinheiten (siehe Art. 2 Abs. 3^{bis} GwG). Diesem neuen Unterstellungskonzept waren die vorliegenden Verordnungsentwürfe anzupassen. Der SAV hat Respekt vor dieser Aufgabe und dankt den involvierten Stellen für deren Arbeit.

Jedoch ergibt sich bei näherer Analyse, dass die Umstellung auf die neuen gesetzlichen

Vorgaben nicht durchwegs gelungen ist. Man bekommt zuweilen den Eindruck, dass gewisse Formulierungsentwürfe nicht die Neukonzeption des Unterstellungsregimes im Blick haben, sondern eher die erste bundesrätliche Gesetzesvorlage und die FATF, um so auf dem Verordnungsweg Korrekturen am Gesetz gewordenen Standard vorzunehmen. Das ist unzulässig und muss korrigiert werden. Im Weiteren besteht der Bedarf, die Formulierungen wieder stärker und konsequenter auf die schweizerische Rechtsterminologie und -systematik auszurichten. Gegenüber den vorgelegten Verordnungsentwürfen besteht ein erheblicher Anpassungsbedarf.

Wie schon zur Behandlung der Botschaft und zur Begleitung des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens, hat sich der SAV um einen Schulterschluss mit den weiteren betroffenen Berufsverbänden und SRO bemüht. Betroffen sind nicht nur beratend tätige Anwältinnen und Anwälte, sondern ein viel grösserer Kreis von Beraterinnen und Beratern in der Schweiz. Sinnvollerweise konnten *economiesuisse*, *ExpertSuisse*, SAV, SNV, Swiss Banking, SRO SVV, SRO SAV/SNV, SRO Treuhand Suisse und Treuhand Suisse zu wichtigen Bestimmungen der Verordnungsentwürfe eine gemeinsame Position und gemeinsame Anpassungsvorschläge entwickeln (Beilage). Sie werden vom SAV in seiner Vernehmlassung integral übernommen und sind hier als Anhang beigefügt. Hinzu kommen nur wenige grundsätzliche Bemerkungen.

Bewahrung des risikobasierten Ansatzes inkl. generelle Forderung, Klarheit zu schaffen

Der SAV begrüsst das Bestreben, die Revision des GwG auf Verordnungsstufe sachgerecht und praxistauglich umzusetzen. Die Verordnungstexte dürfen jedoch nicht über das Gesetz hinausgehen. Sie sollen dieses präzisieren, basierend auf den im Gesetz vorgesehenen Delegationsnormen. Das Positionspapier der Partnerverbände (vgl. Anhang) macht indessen deutlich, dass bei einigen Bestimmungen der gesetzgeberisch vorgesehene risikobasierte Ansatz nicht durchgängig umgesetzt ist und zentrale Artikel darüber hinausgehen. Dies wird zwangsläufig zu Unklarheiten und damit zu Rechtsunsicherheit in der Umsetzung führen.

Besonders augenfällig ist dies bei Art 12d E-GwV. Hier wird versucht, das gesetzliche Konzept der mitwirkenden Beratung bei der Finanzierung der unterstellten Transaktionstypen zu konkretisieren. Entstanden ist aber eine Bestimmung, die diesen Zweck nicht erfüllen kann, nämlich so:

Die Tätigkeit der Beraterinnen und Berater nach Artikel 2 Absätze 3bis und 3quater GwG umfasst jede kausale Tätigkeit, welche einen Beitrag zu einem Rechtsvorgang nach Artikel 2 Absatz 3bis Buchstaben a–e GwG darstellt, ohne welchen der Vorgang nicht umgesetzt würde, einschliesslich der Beratung.

Nicht nur geht "jede kausale Tätigkeit" sehr weit und schafft keine Klarheit, wo doch das vom Gesetzgeber verwendete Konzept der (beratenden) Mitwirkung einen gestaltend prägenden Beitrag verlangt. Unverständlich ist dann der Nebensatz am Ende, der logisch voraussetzt, dass im vorstehenden Satzgefüge mehr enthalten ist als die Beratung. Dann wären Beraterinnen und Berater für Tätigkeiten dem GwG unterstellt, die keine Beratung sind. Völlig offen bliebe dann, was damit konkret gemeint ist, zumal das Gesetz ausschliesslich beratende Tätigkeiten unterstellt. Störend ist überdies, dass die Verordnung nach ihrem Wortlaut nur auf Rechtsvorgänge gemäss Buchstaben a bis e von Art. 2 Abs. 3^{bis} GwG verweist und damit eine Auslegung provoziert, wonach die dort aufgeführten Transaktionstypen schlechthin gemeint sind, unabhängig davon, welche Art von Beratung für solche Transaktionstypen geleistet wird.

Nach dem Gesetzgeber ist aber klar nur die beratende Mitwirkung bei der Finanzierungsseite solcher Transaktionen unterstellt. Denn bei der Finanzierungsseite und den dort gestalteten Geldströmen treten die als relevant erachteten Risiken von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung auf. In Kombination damit, dass mehr als nur Beratung gemeint sein soll, entsteht ein Verordnungstext, der viel weiter geht als das Gesetz. Der risikobasierte Ansatz des Gesetzgebers wird ausgehebelt bzw. durch Schaffung von Unklarheit und massiv erweiterten Interpretationsspielräumen in Frage gestellt. Das geht nicht und wird vom SAV zurückgewiesen.

Vielmehr ist in geeigneter Weise sicherzustellen, dass es bei der dem GwG unterstellten Tätigkeit nur um beratende Mitwirkung bei Finanztransaktionen im Zusammenhang mit konkreten Transaktionen unter den Transaktionstypen gemäss Art. 2 Abs. 3^{bis} GwG geht. Dabei versteht sich beratende Mitwirkung als Leistung eines aktiven (adäquat kausalen) Strukturierungs- oder Gestaltungsbeitrags, ohne den die Finanzierungsseite nicht so wie tatsächlich vollzogen umgesetzt worden wäre. Der SAV unterstützt daher die klarstellende Formulierung im Vorschlag der Partnerverbände (vgl. Anhang).

Bei Art. 12e E-GwV drängt sich bezüglich der Rechtsvorgänge im Zusammenhang mit Kauf und Verkauf von Grundstücken eine auf Klarheit und Rechtsicherheit ausgerichtete Verschärfung auf, im Sinne der Anträge des Positionspapiers (vgl. Anhang).

In Art. 12f E-GwV ist zu konkretisieren, dass Beratungstätigkeit nur unterstellt ist, wenn und soweit sie berufsmässig erfolgt. Vom Bundesrat wurde dazu in der Botschaft in Aussicht gestellt, Schwellenwerte festzulegen. Damit wird Kohärenz geschaffen mit den für Finanzintermediäre geltenden Unterstellungsschwellen. Der SAV sieht nicht ein, weshalb dieses Konzept in der GwV nun aufgegeben wurde.

Das Argument, der Gesetzgeber habe die Unterstellungstatbestände gegenüber der bundesrätlichen Vorlage bereits wesentlich eingeschränkt, so dass weitere Einschränkungen nicht mehr opportun sind, verfängt nicht. Das Parlament hat bei der sachlichen Anwendbarkeit des Gesetzes einen risikobasierten Ansatz gewählt und damit den bundesrätlichen Ansatz einer rein transaktionsbezogenen Unterstellung abgeändert. Das hat aber nichts mit der Frage zu tun, ob das Kontrollsystem des GwG durch den Ausschluss von Bagatellfällen entlastet werden soll. Nur um diese letzte Frage des persönlichen Anwendungsbereichs im Einzelfall geht es hier. Warum soll den SRO die Kontrolltätigkeit für jeden Kleinstfall aufgebürdet werden, so dass Ressourcen fehlen, um die "grossen Fälle" mit Sorgfalt und Nachdruck zeitgerecht abzuarbeiten?

Dem Bundesrat ist hier ungeachtet der Einschränkungen des sachlichen Anwendungsbereichs des revidierten GwG auf Beraterinnen und Berater zu folgen. Es gilt auch hier die gemeinsame Position der Partnerverbände (Anhang).

Wahrung des Berufsgeheimnisses

Der SAV nimmt zur Kenntnis, dass der Zugriff auf das Register protokolliert wird, was auf einer gesetzlichen Grundlage beruht, wie sie im Anhang zum GwG vorgesehen ist. Grundsätzlich erscheint es sachgerecht, den Zugriff auszuwerten und bei missbräuchlicher Nutzung geeignete Massnahmen bis hin zur Sperrung vorzusehen.

Gleichzeitig ist aus Sicht des SAV unbedingt sicherzustellen, dass die Protokollierung und allfällige daraus resultierende Abklärungen nicht zu einer Beeinträchtigung des anwaltlichen

Berufsgeheimnisses führen. Insbesondere darf eine erhöhte Zugriffshäufigkeit nicht dazu führen, dass Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte gehalten sind, den Zweck einzelner Zugriffe in einer Weise zu rechtfertigen, welche Rückschlüsse auf Klientinnen und Klienten oder auf Parteien eines Verfahrens zulassen. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, bereits in denjenigen Bestimmungen der Verordnung, welche den Zugriff auf das Register regeln, ausdrücklich festzuhalten, dass das Berufsgeheimnis der Anwältinnen und Anwälte sowie der Notarinnen und Notare uneingeschränkt vorbehalten bleibt. Wir verweisen auch diesbezüglich auf das angehängte Positionspapier der Partnerverbände.

Inkraftsetzung und Übergangsbestimmungen

Trotz der vom Parlament beschlossenen Einschränkung des sachlichen Anwendungsbereiches dürften neben anderen Beratern und Beratungsfirmen auch zahlreiche Anwaltskanzleien von den neuen Bestimmungen betroffen sein. Diese Firmen benötigen ausreichend Zeit, um sich auf die neuen Vorgaben einzustellen und sich gegebenenfalls einer SRO anzuschliessen. Die SRO werden ihre Reglemente auf die Sorgfaltspflichten der Berater anpassen und diese von der FINMA genehmigen lassen müssen, was voraussichtlich nicht vor der Sommerpause 2026 möglich sein wird. Es ist aus den im Positionspapier (vgl. Anhang) dargelegten Gründen somit notwendig, die Inkraftsetzung wie beantragt nach hinten zu schieben und eine praktikable Übergangsbestimmung vorzusehen, die von den betroffenen Beraterinnen und Beratern umgesetzt werden kann und den Vorgaben der FATF gerecht wird.

Vereinheitlichung der Terminologie

Ganz generell sollte die Terminologie zwischen GwG und TJPG angeglichen werden, namentlich auch was die Person der wirtschaftlich berechtigten Person betrifft. Der SAV verweist diesbezüglich auf die Anträge zum Entwurf der Transparenzregisterverordnung (TJPV) im Positionspapier der Partnerverbände (vgl. Anhang).

Die Terminologie sollte im Einklang mit dem Gesetz stehen und eine klarere Abgrenzung zwischen schweizerischer Terminologie und den Instituten des ausländischen Rechts vornehmen. Namentlich sollte durchgehend der Begriff der «Gesellschaft» durch «Rechtseinheit» ersetzt werden (z.B. bei Art. 2, 3 und 7 TJPV).

Der Schweizerische Anwaltsverband dankt Ihnen für Ihre Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüssen



Georg Rauber
Präsident SAV



René Rall
Generalsekretär SAV

Gemeinsame Position der Partnerverbände*

**economiesuisse, ExpertSuisse, SAV, SNV, Swiss Banking, SRO SVV, SRO SAV/SNV, SRO Treuhand Suisse, Treuhand Suisse*

GwV

Vorbemerkung

Die Partnerverbände vertreten die Auffassung, die durch die Unterstellung von Beraterinnen und Beratern unter das GwG notwendigen Ergänzungen der GwV dürfen die Vorgaben des revidierten GwG (Gesetzesstufe) nicht abändern, insbesondere nicht erweitern. Eine Analyse der vorgeschlagenen Verordnungstexte legt aber den Schluss nahe, dass solche Abänderungen (Erweiterungen) entweder beabsichtigt wurden oder durch unklare Formulierungen nicht zuverlässig ausgeschlossen werden.

Vorschläge basierend auf VE

Art. 12d

Bemerkungen:

Für die Unterstellung von Beraterinnen und Beratern unter die qualifizierten Sorgfaltspflichten des GwG ist die neue Bestimmung in Art. 2 Abs. 3bis GwG zentral. Aus dieser Bestimmung ergeben sich die Einschränkungen, die das Parlament gegenüber der ursprünglichen bundesrätlichen Vorlage vorgenommen hat. Vier Elemente sind wesentlich:

- Erstens ist nur die Beratung bei finanziellen Transaktionen unterstellt, also nicht Beratung, welche nichts mit der Finanzierungsseite und dem generierten Geldfluss in den unterstellten Transaktionstypen zu tun hat.
- Zwar spricht das Gesetz zweitens nicht von Beratung, sondern von Mitwirkung bei finanziellen Transaktionen. Art. 2 Abs. 1 lit. c GwG hält aber eindeutig fest, dass das Gesetz für "Beraterinnen und Berater" gilt, womit auch ohne Hinweis auf die FATF Rules unmissverständlich klar ist, dass sich die Mitwirkung auf Beratung und auf nichts anderes beziehen kann. Wer aber nicht beratend, sondern in anderer Weise an Finanztransaktionen mitwirkt, ist gesetzessystematisch nicht Berater, sondern allenfalls Finanzintermediär. Seine oder ihre Unterstellung unter das GwG erfolgt nicht (in der Eigenschaft) als Beraterin oder Berater. Es geht also nur um Beratung für Finanztransaktionen.
- Die Beratung muss drittens gemäss den klaren parlamentarischen Materialien so intensiv sein, dass sie zur Mitwirkung, letztlich nach dem strafrechtlichen Konzept der Mittäterschaft, wird. Daraus leitet sich im schweizerischen GwG die Verwendung des Wortes "mitwirken" ab, wie auch der Bundesrat in seinem Erläuternden Bericht ausführt.
- Viertens ist die mitwirkende Beratung bei Finanztransaktionen nur dann unterstellt, wenn sie im Zusammenhang mit einem in Art. 2 Abs. 3bis lit. a bis e GwG aufgeführten Transaktionstyp erfolgt und eine darunter fallende Transaktion konkret durchgeführt wird.

Diese wichtigen Zusammenhänge werden durch die Formulierung von Art. 12d der

bundesrätlichen Vorlage nicht oder nur ungenügend oder unklar wiedergegeben. Die Partnerverbände begrüßen zwar die Absicht, die beratende Mitwirkung an unterstellten Finanztransaktionen zu konkretisieren. Sie nehmen auch Kenntnis vom Anliegen sicherzustellen, dass die gesetzlich umschriebene Mitwirkung die Beratung einschliesst. Hingegen ist in geeigneter Weise sicherzustellen, dass es um beratende Mitwirkung bei Finanztransaktionen im Zusammenhang mit konkreten Transaktionen unter den Transaktionstypen gemäss Art. 2 Abs. 3^{bis} GwG geht. Es muss ausgeschlossen bleiben, dass die risikobasierte Unterstellung der Beratung über die Finanzierungsseite hinausgehend auf andere Aspekte der im Gesetz umschriebenen Transaktionstypen ausgedehnt wird oder werden könnte.

Die Partnerverbände können sich der vorgeschlagenen Umsetzung der gesetzlich für eine Unterstellung vorgeschriebenen "Mitwirkung" durch Anwendung des Konzepts eines kausalen Beitrags der Beratung anschliessen. Hier ist aber im Einklang mit der Vorgabe des Gesetzes wirksam auszuschliessen, dass nicht jeder wie auch immer geratene Beitrag zur Gestaltung oder Abwicklung der Finanzierungsseite erfasst wird. Das wollte der Gesetzgeber durch den im Strafrecht etablierten Begriff der Mitwirkung sicherstellen. Es geht um beratenden Einfluss, der die Finanzierungsseite der unterstellten Transaktionstypen so wie konkret umgesetzt mitprägt. Dass dabei im konkreten Einzelfall Spielraum für Interpretationen besteht, liegt in der Natur der Sache. Hier wird die Anwendungspraxis zusätzliche Klärung zu bringen haben. Das Konzept der Mitwirkung lässt sich nicht mit digitaler Schärfe abstrakt regeln.

Wenn im Vorschlag des Bundesrats am Ende der Bestimmung "einschliesslich der Beratung" hinzugefügt wird, ist das sprachlich falsch und inhaltlich verwirrend. Der Nebensatz würde voraussetzen, dass es im Hauptsatz neben beratender Kausalität, die zur Mitwirkung bei Finanztransaktionen führt, auch weitere mitwirkende Sachverhalte gibt. Das sieht aber der Gesetzgeber, wie oben gezeigt, nicht vor. Unterstellt ist nur die beratende Tätigkeit, und diese muss klar erfasst sein. Dabei versteht man als Beratung die Erteilung von Rat oder Handlungsempfehlungen durch eine sachkundige Person an eine andere Person mit dem Ziel, diese bei der Entscheidungsfindung oder Problemlösung in einer bestimmten Angelegenheit zu unterstützen, ohne dabei selbst die Entscheidung zu treffen oder zu übernehmen.

Gestützt auf diese Überlegungen sind die Partnerverbände der Auffassung, dass jedenfalls mit der Formulierung von Art. 12d E-GwV nichts gewonnen ist, sondern nur Verwirrung gestiftet und ein nicht legitimer Spielraum für das Gesetz überschüssende Auslegungen eingeführt wird. Auf diese Bestimmung kann und muss daher verzichtet werden.

Will man überhaupt auf einer Konkretisierung der gesetzlichen Vorgabe (die an sich klar ist) bestehen, dann bräuchte es eine geeignete Formulierung der Verordnungsbestimmung.

Antrag einer Neuformulierung zu Art. 12d VE-GwV:

Die unterstellte Tätigkeit der Beraterinnen und Berater nach Artikel 2 Absätze 3^{bis} und 3^{quater} GwG umfasst eine beratende Tätigkeit, welche einen kausalen Beitrag zur Abwicklung von finanziellen Transaktionen im Zusammenhang mit einem konkret durchgeführten Rechtsvorgang nach Artikel 2 Absatz 3^{bis} Buchstaben a bis e GwG darstellt, ohne welchen die finanzielle Transaktion nicht so wie vollzogen umgesetzt worden wäre.

Art. 12e

Bemerkungen:

Die Partnerverbände können sich dem Vorhaben anschliessen, dass auf Verordnungsebene

definiert wird, dass nicht nur der Kauf und Verkauf von Grundstücken im engen Sinne (Art. 655 Abs. 2 ZGB), sondern auch Vorgänge mit einem unter dem Gesichtspunkt von Risiken der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung ähnlichen Effekt als Transaktionen gelten sollen. Dies ist durchaus sinnvoll und verhindert Lücken sowie schwierige Abgrenzungsfragen.

Es ist sachlogisch, dass für die Erfüllung des Zwecks des GwG nur Transaktionen erfasst werden sollen, die ein konkretes Potential für Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung i.S.v. Art. 305bis oder Art. 260^{ter} und 260^{quinquies} StGB aufweisen.

Gemäss Bericht der interdepartementalen Koordinationsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung besteht im Immobilienbereich die Gefahr vor allem darin, dass Mittel krimineller Herkunft, oftmals Bargeld, die vor allem aus der organisierten Kriminalität und ausländischen Korruptionsdelikten stammen, in Immobilien investiert werden. Einerseits dient der Kauf von Immobilien häufig auch dazu, wirtschaftliche Tätigkeiten aufzubauen, über die unrechtmässig erworbene Mittel gewaschen werden können. Ein Beispiel dafür sind Investitionen in Restaurants. Andererseits versuchen Kriminelle auch, ihre illegalen Mittel über Luxusimmobilien zu waschen.» (vgl. Bericht über die nationale Beurteilung der Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierungsrisiken in der Schweiz, Bericht der KGGT vom Oktober 2021, S. 31). Auch der KGGT-Bericht aus dem Jahr 2015 verortet die Risiken im Immobilienbereich im Kauf mit Bargeld, in der Rückzahlung von Hypotheken mit inkriminierten Geldern, in Transaktionen mit Mondpreisen und in der Abwicklung von Immobilienkäufen durch komplexe, u.U. internationale Unternehmens- und Holdingstrukturen (vgl. Bericht über die nationale Beurteilung der Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierungsrisiken in der Schweiz, Bericht der KGGT vom Juni 2015, S. 102 ff.).

Aus Sicht der Partnerverbände folgt der bundesrätliche Vorschlag zu Art. 12e E-GwV zwar einem an sich richtigen Grundgedanken, indem er an Vorgänge anknüpft, die aus steuerrechtlicher Sicht einer Veräusserung einer Immobilie wirtschaftlich gleichzusetzen sind (Art. 12 StHG). Dies ist aber so umzusetzen, dass nicht Vorgänge erfasst werden, die steuerrechtlich relevant sein mögen, aber keine Risiken für Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung aufweisen. Der bundesrätliche Vorschlag sieht aber eine geldwäschereirechtlich irrelevante Erweiterung vor. So sind z.B. Dienstbarkeiten, öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen und die Abschöpfung von Planungsmehrwerten keine Rechtsvorgänge, bei denen eine Gefahr für solche Delikte ausgeht. Nur, wenn ein Vorgang das Umtauschen von inkriminierten Vermögenswerten in andere Formen von werthaltigem Vermögen ermöglicht, ist er geeignet für eine Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung. Wenig überraschend sind diese hier erwähnten zusätzlichen Vorgänge auch nicht Thema in den oben erwähnten Berichten der KGGT. Die Partnerverbände verlangen, die offene Formulierung «wirtschaftlich wie eine Veräusserung wirken» zu streichen, da diese Formulierung enorme Rechtsunsicherheit schaffen würde.

Für die Partnerverbände ist weiter nicht schlüssig, dass die Übertragung von Beteiligungsrechten an Immobiliengeschäften stets GwG-Pflichten auslösen soll (unabhängig von einer Schwelle). Hier sollte, wie bei Gesellschaften, darauf gestützt werden, ob die Mehrheitsbeteiligung an einer Immobiliengesellschaft verkauft werden soll.

Die Partnerverbände schlagen deshalb eine Verschlinkung von Art. 12e E-GwV vor, die den Verkauf von Mehrheitsbeteiligungen an Immobiliengesellschaften erfasst. Weiter wurden die Vorgänge der Belastung mit einer Nutzniessung und einem Baurecht (wie durch den Bund vorgeschlagen) dem Kauf/Verkauf von Immobilien gleichgesetzt, da diese Vorgänge auch aus Sicht des GwG ein Missbrauchspotential haben. Die anderen Vorgänge wurden gestrichen, da sie nicht für Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung genutzt werden können.

Antrag einer Neuformulierung zu Art. 12e VE-GwV:

¹ *Unter Artikel 2 Absatz 3bis Buchstabe a GwG fallen der Kauf und Verkauf eines Grundstücks nach Artikel 655 Absatz 2 des Zivilgesetzbuches.*

² *Unter Artikel 2 Absatz 3bis Buchstabe a GwG fallen überdies die Veräusserung von Mehrheitsbeteiligungen an Immobiliengesellschaften und die Belastung eines Grundstücks mit einer Nutzniessung oder einem Baurecht, wenn dafür ein Entgelt entrichtet wird.*

Art. 12f

Bemerkungen:

Zu begrüssen ist die Definition der Berufsmässigkeit als eine selbstständige, auf dauernden Erwerb ausgerichtete wirtschaftliche Tätigkeit. Im Sinne der Einheitlichkeit der Rechtsordnung sollte zusätzlich das Element einer auf «dauernden» Erwerb gerichteten Tätigkeit aus der Handelsregisterverordnung übernommen werden (vgl. Art. 2 Bst. a HRegV).

Zusätzlich zu dieser grundsätzlich ohnehin im Finanzmarktrecht erforderlichen Gewerblichkeit der Tätigkeit wird im Finanzmarktrecht, mit Ausnahme des FIDLEG, jedoch unter Einschluss des BankG, des FINIG, des KAG etc., gemäss dem Gesetzeszweck eine risikoindizierte Unterschwelle der Aufsichtspflicht verankert. Dies ist systemgemäss, denn abgesehen vom FIDLEG verfolgen die übrigen Finanzmarktgesetze auch den Schutz der Integrität und Funktionalität des Finanzplatzes Schweiz: Deshalb kennt das Finanzmarktrecht abgesehen vom reinen Kundenschutzgesetz FIDLEG stets einen nicht bewilligungspflichtigen Bereich, dessen Umfang als risikobewertet zu unterschwellig betrachtet wird, als dass der Grundrechtseingriff in die Wirtschaftsfreiheit verhältnismässig wäre. Gerade im reinen Marktintegritäts- und Systemschutzgesetz GwG ist der Bundesrat und das Parlament selbstredend davon ausgegangen, dass die bisher im GwG verankerte Berufsmässigkeit der Finanzintermediäre nach Art. 2 Abs. 3 auch im Bereich der Beraterinnen und Berater nach GwG Anwendung finden soll. Jüngst erfuhr diese Berufsmässigkeitsdefinition eine wesentliche Stärkung, indem sie gleicherart für Vermögensverwalter und Trustees nach Art. 17 Abs. 1 und 2 FINIG übernommen wurde. Das Element der 20 Kunden als Grenzwert, welches Teil der Definition der Berufsmässigkeit nach GwG ist, findet zudem seit jeher im Bereich des BankG und bei Wertpapierhäusern Anwendung.

Aus Sicht der Partnerverbände ergeben sich weder aus der Botschaft noch aus den parlamentarischen Materialien eine Grundlage, fälschlicherweise einen gesetzgeberischen Willen zur weiteren Einschränkung der Berufsmässigkeit für Beraterinnen und Berater zu interpretieren.

Der Begriff der berufsmässigen Tätigkeit muss zudem im Rahmen der Geldwäschereiverordnung (GwV) einheitlich verwendet werden. Für Finanzintermediäre gelten die Art. 7 bis 9 GwV. Nebst der allgemeinen Definition der Berufsmässigkeit in Art. 7 GwV wurden spezielle Vorschriften für das Kreditgeschäft (Art. 8 GwV) sowie das Geld- oder Wertübertragungsgeschäft (Art. 9 GwV) erlassen. Für die Handelstätigkeit gelten die allgemeinen Regeln des Art. 7 GwV mit Ausnahme der Bestimmung für den Schwellenwert der erzielten Erlöse, welche bei den Händlern am Gewinn und nicht am Umsatz bemessen werden. Die Heranziehung von für Händlerinnen und Händler nach Art. 2 Abs. 1 lit. b GwG geltende Schwellenwerte ist falsch, da die Händlerinnen und Händler ihre Tätigkeit jederzeit uneingeschränkt ausüben können, sofern sie die Transaktionen oberhalb des Schwellenwerts über einen Finanzintermediär abwickeln und damit als Sensor des Geldwäschereiabwehrdispositivs ausscheiden.

Die nunmehr neu unterstellten Beraterinnen und Berater üben gemessen an der Finanzintermediation eine lediglich mitwirkende und damit weniger bestimmende Tätigkeit aus. Es gibt deshalb keinen Grund, die Berufsmässigkeit der unterstellten Beraterinnen und Berater früher eintreten zu lassen als die Berufsmässigkeit eines Finanzintermediärs. Es könnte sonst die skurrile Situation entstehen, dass Beraterinnen und Berater dem GwG zwar unterstellt sind, potentielle Finanzintermediäre oder sogar Finanzinstitute resp. Banken dagegen nicht, da die Schwellenwerte bei ihnen nicht überschritten werden. Eine solche hinkende Regulierung ist nicht zu rechtfertigen. Dementsprechend hielt Art. 2 Abs. 5 der ursprünglichen Vorlage denn auch ausdrücklich fest, dass der Bundesrat die Kriterien festlege, «nach denen eine Tätigkeit als berufsmässig ausgeübt gilt, insbesondere aufgrund des Umfangs oder des Wertes der betreffenden Tätigkeiten, der Höhe der aus dieser Tätigkeit erzielten Einkünfte, der Anzahl Kundinnen und Kunden oder des Betrags der betroffenen Vermögenswerte». Dass diese Gesetzesbestimmung im Rahmen der parlamentarischen Debatte nicht übernommen wurde, bedeutet nicht, dass der Bundesrat im Rahmen der revidierten GwV die heute bestehenden Regelungen nicht auch auf die Beraterschaft anwenden soll. Gegenteilig spricht die vom Parlament beschlossene Konzentration der unterstellten Beratungstätigkeiten auf die Kernbereiche der Geldwäschereigefahr gerade dafür, die Kriterien für eine berufsmässige Tätigkeit nicht ausdehnend festzulegen. Es gibt wie ausgeführt auch keinen sachlichen Grund, die Beratungstätigkeit strenger zu behandeln als die Finanzintermediation oder die Handelstätigkeit.

Das vom SIF in den Gesprächen mit den Partnerverbänden vorgetragene Argument, der Gesetzgeber sei von der bundesrätlichen Vorlage abgewichen und habe den Anwendungsbereich des GwG für Beraterinnen und Berater eingeschränkt und daher könnten nun keine weiteren Schwellen eingebaut werden, verfängt nicht. Der vom Gesetzgeber eingeschränkte sachliche Anwendungsbereich, der für alle gleichermassen gilt, hat nichts mit der persönlichen Anwendbarkeit im Rahmen der konkret unterstützen Transaktionen zu tun. Hier muss gleiches wie sonst im Finanzmarktaufsichtsrecht und insbesondere im GwG gelten.

Antrag einer Neuformulierung zu Art. 12f VE-GwV:

Die Beratung gemäss Art. 2 Abs. 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} GwG gilt als berufsmässig, wenn sie eine selbstständige, auf dauernden Erwerb ausgerichtete wirtschaftliche Tätigkeit darstellt, und

a. dadurch pro Kalenderjahr ein Bruttoerlös von mehr als 50 000 Franken erzielt wird;

b. eine Beraterin oder ein Berater pro Kalenderjahr mit mehr als 20 Vertragsparteien Geschäftsbeziehungen mit einer Beratungstätigkeit aufnimmt, die sich nicht auf eine einmalige Tätigkeit beschränken, oder pro Kalenderjahr mindestens 20 solche Beziehungen unterhalten werden;

c. eine Beraterin oder ein Berater zu fremden Vermögenswerten berät, die während der Dauer der Beratung nach Kenntnis der Beraterin oder des Beraters zu einem beliebigen Zeitpunkt 5 Millionen Franken überschreiten; oder

d. eine Beraterin oder ein Berater zu Transaktionen berät, deren Gesamtvolumen nach Kenntnis der Beraterin oder des Beraters 2 Millionen Franken pro Kalenderjahr überschreitet.

Art. XY Inkraftsetzung und Übergangsfrist

Es ist notwendig, eine praktikable Übergangsbestimmung vorzusehen, die von den betroffenen Beraterinnen und Beratern umgesetzt werden kann und den Vorgaben der FATF gerecht wird. Auch wenn es für die Länderprüfung einen gewissen Zeitdruck gibt, macht es wenig Sinn das GwG alleine und die dazugehörige Verordnung vorzeitig in Kraft zu setzen und nicht mit dem TJPG zu koordinieren. Denn das Gesetzespaket ist als Ganzes konzipiert,

einerseits Transparenzregister, andererseits Beraterpflichten. Da muss die Umsetzung nicht noch zusätzlich kompliziert werden.

Gemäss Aussage des SIF ist eine Inkraftsetzung der neuen GwG-Bestimmungen per 1. Juli 2026 geplant. Nach den geplanten Übergangsbestimmungen der GwV müssen die neu vom Gesetz betroffenen Beraterinnen und Berater innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten der Änderung bei einer SRO ein Gesuch um Anschluss einreichen.

Trotz der vom Parlament beschlossenen Einschränkung des Anwendungsbereichs dürften zahlreiche Anwaltskanzleien sowie Treuhand- und Beratungsfirmen von den neuen Bestimmungen betroffen sein – etwa bereits im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Domizilen – und künftig als unterstellungspflichtige Berater gelten. Diese Firmen benötigen ausreichend Zeit, um sich auf die neuen Vorgaben einzustellen und ihr Geschäftsmodell zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Auch die Berufsverbände (Anwaltsverband, EXPERTsuisse, Notarenverband, TreuhandSuisse, SVIT etc.), welche die betroffenen Beraterinnen und Berater vertreten, müssen ausreichend Zeit haben, für ihre Mitglieder sachgerechte Lösungen zu finden und sie bei der Umsetzung der Sorgfaltspflichten und Unterstellung unter eine SRO zu unterstützen. Ferner müssen auch die SRO ihre Reglemente bzgl. den neuen Sorgfaltspflichten für Beraterinnen und Berater ergänzen und von der FINMA genehmigen lassen.

Es handelt sich um eine «neue» Unterstellung, deren Praxis sich entwickeln muss. Anders als bei einem Finanzintermediär kann eine Beratertätigkeit auch «rückwirkend» greifen – etwa dann, wenn eine Beratung in der Folge zu einer finanziellen Transaktion geführt hat. Die reine Beratung ohne «Konsequenzen/Transaktion» soll gemäss unserem Vorschlag zu Art. 12d GwV und in Anlehnung an Rec. 22 nicht unterstellt sein: «...when they prepare for or carry out transactions...».

Im Rahmen der laufenden Revision der GwV werden noch verschiedene offene Fragen geklärt, die für die Praxis und Umsetzung sehr relevant sind. Bis die finale Version der GwV vorliegt, wird es April werden. Danach bleibt den betroffenen Firmen und Verbänden nur drei Monate Zeit, die Bestimmungen umzusetzen. Die geplante Inkraftsetzung per 1. Juli erfolgt zudem unmittelbar vor den Sommerferien. Dieser Zeitrahmen ist eine Zumutung für alle Beteiligten und kann zu unüberlegten Gesuchen führen, die zu einem unnötigen Mehraufwand für alle Beteiligten, Beraterinnen und Berater und SRO, führen.

Da der Stichtag für die Prüfung der in Kraft stehenden Gesetze gemäss Aussage des SIF offenbar November 2026 ist, beantragen wir, die neuen Bestimmungen des GwG samt Verordnung zusammen mit dem TJPG und der dazugehörenden Verordnung frühestens per 1. Oktober 2026 in Kraft zu setzen und die Fristen für die Beraterinnen und Berater für einen erstmaligen-Anschluss an eine SRO nach Inkrafttreten des GwG auf mind. sechs Monate zu verlängern. Für bereits unterstellte Finanzintermediäre, die auch eine unterstellungspflichtige Beratungstätigkeit ausüben, kann die zweimonatige Übergangsfrist beibehalten werden.

Antrag einer Neuformulierung:

Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...

¹ Wer bei Inkrafttreten der Änderung vom ... neu eine Tätigkeit als Beraterin oder Berater

nach Artikel 2 Absätze 3bis–3quater GwG ausübt, muss innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten der Änderung bei einer SRO ein Gesuch um Anschluss einreichen.

Artikel 12h Absatz 2 ist sinngemäss anwendbar.

² Finanzintermediäre nach Artikel 2 Absatz 2 oder 3 GwG, die bei Inkrafttreten der Änderung vom ...

eine Beratungstätigkeit nach Artikel 2 Absätze 3bis–3quater GwG ausüben, müssen diese Beratungstätigkeit innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten der Änderung der zuständigen Aufsichtsbehörde oder -organisation mitteilen. Sie dürfen die bestehenden Kundinnen und Kunden weiterberaten und Aufträge für neue Geschäfte und Dienstleistungen annehmen.

Art. 12g Wechsel zur berufsmässigen Tätigkeit

¹ Wer zu einer berufsmässigen Tätigkeit als Beraterin oder Berater nach Artikel 2 Absätze 3bis–3ter GwG wechselt, muss:

a. unverzüglich die Pflichten nach den Artikeln 3–11 GwG einhalten; und

b. innerhalb von sechs Monaten nach dem Wechsel bei einer SRO ein Gesuch um Anschluss einreichen oder seine Beratungstätigkeit der zuständigen Aufsichtsbehörde oder -organisation mitteilen.

TJPV

Wirtschaftlich berechtigte Person

Vorbemerkungen

Auch die nachfolgenden Überlegungen basieren auf folgenden Prämissen:

1. Die Verordnung darf nicht über den Gesetzestext hinausgehen. Sie darf und muss diesen präzisieren, basierend auf den im Gesetz vorgesehenen Delegationsnormen.
2. Art. 4 TJPG definiert auf Gesetzesebene den Begriff der "wirtschaftlich berechtigten Person", die eine Rechtseinheit kontrolliert. Abs. 1 definiert die Kontrolle durch Kapitalbeteiligung, gestaffelt bis zur natürlichen Person und Abs. 2 hält eine subsidiäre Lösung bereit, wenn keine natürliche Person die Kriterien von Abs. 1 erfüllt und die Rechtseinheit auf andere Weise kontrolliert. Dieser Wortlaut entspricht der Definition des Kontrollinhabers in Art. 2 lit. f GwV-FINMA, ausser dass dort die Umschreibung auf operative Gesellschaften beschränkt ist.
3. Art. 6 TJPG gibt dem Bundesrat die Kompetenz zu präzisieren, "unter welchen Voraussetzungen eine Gesellschaft (recte: Rechtseinheit) als indirekt oder auf andere Weise durch eine natürliche Person kontrolliert gilt".

Es darf deshalb in der TJPV nur darum gehen zu präzisieren, was "indirekte Kontrolle" oder "Kontrolle auf andere Weise" bedeutet, wobei der Systematik des SIF insoweit zu folgen ist, als der Klarheit halber zwischen der Kontrolle durch Beteiligung (inkl. gestaffelt und durch Zwischengesellschaften) und der Kontrolle auf andere Weise festgehalten wird.

Nachfolgend geht es bei der Neufassung der Art. 2-4 TJPV darum, die Kontrolle auf andere Weise systematisch und begrifflich korrekt zu erfassen.

Man hat sich auf die beiden Begriffe "indirekte Kontrolle durch Beteiligung" und "Kontrolle auf andere Weise" zu konzentrieren.

Es wird die Aussage des SIF anlässlich der Besprechung vom 12. Januar 2026 begrüsst, dass eine einheitliche Terminologie zwischen GwG und TJPG angestrebt wird, namentlich, was die Person der wirtschaftlich berechtigten Person betrifft. Auf den Begriff, nicht aber die Funktion des Kontrollinhabers wird verzichtet. Die nachfolgende Umgruppierung der Verordnungsbestimmungen trägt diesem Zweck Rechnung.

Vorschläge basierend auf VE

Art. 2 und 3 Kontrolle durch Beteiligung

Antrag einer Neuformulierung von Art. 2 und 3 VE-TJPV:

Art. 2

¹ Eine natürliche Person gilt als wirtschaftlich berechtigte Person einer Rechtseinheit, wenn sie direkt oder indirekt, allein oder in gemeinsamer Absprache mit Dritten mindestens 25 Prozent des Kapitals oder der Stimmrechte dieser Rechtseinheit kontrolliert.

² Die Kontrolle erfolgt durch direkte oder indirekte Beteiligung an der Rechtseinheit oder auf andere Weise.

Art. 3

¹ Kontrolle durch direkte Beteiligung liegt vor, wenn das Kapital oder die Stimmrechte ohne eine oder mehrere zwischengeschaltete Rechtseinheiten gehalten werden

² Kontrolle durch indirekte Beteiligung liegt vor, wenn das Kapital oder die Stimmrechte über eine oder mehrere zwischengeschaltete Rechtseinheiten gehalten wird und die natürliche Person an allen zwischengeschalteten Rechtseinheiten direkt oder indirekt mehr als 50 Prozent des Kapitals oder der Stimmrechte hält.

³ Die obigen Grundsätze geltend analog für sämtliche Rechts- und Organisationseinheiten unter ausländischem Recht.

Bemerkungen:

Mit der Aufteilung auf zwei Artikel wird auch deutlich zwischen der einfach verständlichen direkten Beteiligung und der indirekten Beteiligung durch dazwischengeschaltete Rechtseinheiten unterschieden. Alle Holding- oder Gruppenstrukturen können mit Art. 3 abgebildet werden

Zusätzlich wurde die Terminologie vereinheitlicht und konsequent der Begriff Rechtseinheit verwendet. Mit dem neuen Abs. 3 wird die analoge Anwendung auf Rechtseinheiten und Organisationseinheiten nach ausländischem Recht vorgenommen, damit es für die Anwendung auf Rechtseinheiten nach schweizerischem Recht klarer ist.

Dadurch kann auch die auf Gesetzesstufe bestehende Inkonsistenz zwischen Art. 4 Abs. 2 TJPG, der wie im GWG ersatzweise auf das oberste Leitungsorgan abstellt, und Art. 6 TJPG entschärft werden, der den Auftrag an den Ordnungsgeber nur zur Legiferierung im Bereich der indirekten Kontrolle und der Kontrolle auf andere Weise erteilt. Alle Kontrollverhältnisse, die nicht über Beteiligungsstrukturen durch Rechtseinheiten erfolgen, fallen nun unter Art. 4 TJPV, der verschiedenen Formen von Kontrolle auf andere Weise festhält, auch die ersatzweise Kontrolle durch oberste Leitungsorgan mitenthält.

Neu Art. 4 Kontrolle auf andere Weise

Antrag einer neuen Bestimmung:

¹ Eine natürliche Person kontrolliert eine Rechtseinheit auf andere Weise, wenn sie ohne Kontrolle gemäss Art. 3 direkt oder indirekt, allein oder in gemeinsamer Absprache mit Dritten massgebenden Einfluss auf die Rechtseinheit ausübt, insbesondere indem sie

- a. mehr als die Hälfte der Verwaltungsratsmitglieder oder der Mitglieder des obersten Führungsorgans der Rechtseinheit ernennen oder abberufen kann;

- b. ein Vetorecht hat bei Beschlüssen der zuständigen Organe der Rechtseinheiten über Änderungen des Zwecks der Rechtseinheit, Wahl der exekutiven Geschäftsführung, Änderungen und Erweiterung der Unternehmensstrategie, Budgets und Investitionen und/oder Finanzierung durch Eigen- und Fremdkapital; oder
- c. Entscheidungen über Gewinnausschüttungen oder andere Vermögensverfügungen der Rechtseinheit bewirken kann.

² Einfluss auf die Rechtseinheit im Sinne von Absatz 1 kann die natürliche Person namentlich ausüben aufgrund:

- a. von Aktionärsbindungs-, Treuhand- oder vergleichbaren Verträgen mit Dritten; oder
- b. der Statuten der Rechtseinheiten; oder
- c. von Kapitalinstrumenten wie Optionen, Schuldinstrumenten, Wandelanleihen oder partiarische Darlehen; oder
- d. gesetzlicher Vertretungsverhältnisse, namentlich Vorsorgeaufträge, Vertretungsverhältnisse im Familienrecht wie Ausübung elterlicher Gewalt, Beistands- und Vormundschaft oder gewillkürte, auf Dauer angelegte Vertretungsverhältnisse; oder
- e. ihrer Beziehung zu nahestehenden Personen.

³ Für Rechts- und Organisationseinheiten unter ausländischem Recht gelten die oben aufgeführten Kontrollmechanismen analog.

Bemerkungen:

Auch hier wird konsequent der Begriff Rechtseinheit verwendet und ein separater Absatz für die Rechts- und Organisationseinheiten ausländischen Rechts eingefügt.

Materiell wird deutlich gemacht, dass alle Absprachen und Kontrollmöglichkeiten entweder auf Verträgen, Statuten oder gesetzlichen Vertretungsverhältnissen beruhen. Das schafft Klarheit und ist im Einklang mit dem Vertrags- und Gesellschaftsrecht gemäss OR. Damit können alle ausschweifenden Formulierungen und Einzelfallnennungen wie die Treuhandverhältnisse im alten Art. 4 gestrichen werden. Das dient dem Verständnis und vereinfacht die Rechtsanwendung.

Abs. 1 lit. b wird im Grundsatz belassen, obwohl gesellschaftsrechtlich verschiedene Tatbestände von verschiedenen Organen angesprochen werden. Das Vetorecht gegen Beschlüsse der Generalversammlung wird richtigerweise bereits im Aktionärsbindungsvertrag geregelt und würde hier präzisiert, ein Veto gegen Entscheide des Verwaltungsrats und erst recht der operativen Geschäftsleitung dürfte nach Schweizer Gesellschaftsrecht nichtig sein. Es wird belassen, weil auch ausländische Rechts- und Organisationseinheiten erfasst werden.

Art. 4 Treuhandverhältnisse

Antrag zu Art. 4 VE-TJPV:

Ersatzlose Streichung.

Bemerkungen:

Die Tatbestände sind durch Art. 2 abgedeckt und es ist nicht notwendig, nach der Streichung der Treuhand im GwG nun in der Verordnung Treuhandverhältnisse zu definieren.

Neu Art. 5 (wäre ohne Streichung des bisherigen Artikel 4 neu Artikel 6) Handeln in gemeinsamer Absprache (vorher Art. 5)

Antrag einer Neuformulierung von Art. 5 VE-TJPV:

¹ *Als gemeinsame Absprachen gelten Vereinbarungen sowie aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen von natürlichen Personen oder Rechtseinheiten, die darauf ausgerichtet sind, durch die Ausübung von Stimmrechten die Kontrolle über eine Rechtseinheit gemeinsam auszuüben.*

² *Für Rechts- und Organisationseinheiten unter ausländischem Recht gelten die oben aufgeführten Kontrollmechanismen analog.*

Bemerkungen:

Auch hier wird Gesellschaft durch Rechtseinheit ersetzt und die Ausdehnung auf ausländische Rechts- und Organisationseinheiten ergänzt.

Materiell wird in Abs. 1 die im Kapitalmarktrecht übliche Umschreibung von Kontrollausübung beibehalten, die unter den verschiedenen Kapitalmarktgesetzen (BankG, FINIG, VAG, FinfraG) eine Meldepflicht auslöst, sei es an die FINMA oder die Börse oder in den Akten im Rahmen der Geldwäschereibekämpfung. All diese Absprachen sind Verträge und dienen zur Kontrolle über eine Rechtseinheit, wie es auch im TJPG relevant ist.

Art. 7 (neu evtl. Artikel 8) "Information über die Kontrollkette bei indirekter Kontrolle über Beteiligung"

Antrag einer Neuformulierung von Art. 7 Abs. 1 Lit. a VE-TJPV:

«Es gibt zwischen den wirtschaftlich berechtigten Personen und der von ihnen kontrollierten Gesellschaft entweder einen Trust oder mindestens zwei Zwischeneinheiten gemäss Artikel 2 Abs. 2.»

Antrag einer Neuformulierung von Art. 7 Abs. 2 VE-TJPV:

«In Zusammenhang mit der Kontrollkette muss die Gesellschaft die folgenden Informationen über die natürlichen Personen als wirtschaftlich Berechtigte und die Zwischeneinheiten gemäss Artikel 2 Abs. 2, die Teil der Kontrollkette sind, beschaffen:»

Bemerkungen:

Die Erwähnung von Personengesellschaft wird belassen, obwohl es unsauber ist. Diejenigen Personengesellschaften schweizerischen Rechts, die im Handelsregister eingetragen sind, fallen unter den Oberbegriff Rechtseinheit. Einzig die einfache Gesellschaft und gegebenenfalls Institute ausländischen Rechts könne noch zusätzlich in Frage kommen. Das ist eine Anpassung an die Art. 3 und 4 TJPV.

Art. 8 (neu evtl. Artikel 9) «Information über die Kontrolle auf andere Weise»

Antrag einer Ergänzung von Art. 8 VE-TJPV:

Abs. 1: «... anhand der Kategorien nach Art. 4 Abs. 1 und 2 TJPV:»

Abs. 2: «Besteht eine Kontrolle nach Art. 3 Abs. 2: Informationen ...»

Bemerkungen:

Diese Bestimmung muss aufgrund der geänderten Bestimmungen, auf die referenziert wird, ergänzt werden. Die Kontrollkette ist nun stark vereinfacht. Diejenige über Beteiligungen ist

nun im neuen Art. 3 TJPV erfasst, diejenige auf andere Weise im neuen Art. 4 TJPV. Entsprechend können die Querverweise gekürzt werden. Der Rest der Bestimmung kann bestehen bleiben.

Protokollierung Zugang zum Register

Nach der finalen Gesetzesfassung wird der Zugang zum Register auch für Beraterinnen und Berater protokolliert und überwacht. Soweit damit Informationen zugänglich werden, die dem Berufsgeheimnis unterstehen, ist das schon an sich problematisch, vom Gesetzgeber aber gewollt. Das Berufsgeheimnis hat gesetzgeberisch insofern eine gewisse Einschränkung erfahren.

Wichtig ist aber, dass sich aus der Kontrolle protokollierter Zugänge ergeben kann, dass sich die Frage eines möglicherweise missbräuchlichen Zugriffs auf das Register stellt. In solchen Fällen droht eine Sperrung. Um sich gegen eine Sperrung zu wehren oder die Kontrolltätigkeit der Registerführung zu unterstützen, müssen Beraterinnen und Berater Erläuterungen zu ihren erfolgten Zugriffen auf das Register abgeben. Und hier geht es aggregiert um Informationen unter Berufsgeheimnis.

Das wurde in der bundesrätlichen Vorlage offensichtlich verkannt. Die Partnerverbände verlangen mit Nachdruck, dass im finalen Verordnungstext der Vorbehalt des Berufsgeheimnisses jedenfalls für alle vorgesehenen Kommunikationen zwischen der Registerbehörde und Beraterinnen und Berater vorgesehen wird.

Zudem erscheint es wichtig, den Finanzintermediären und den Beraterinnen und Beratern Auszüge aus Zugangsprotokollen zur Verfügung zu stellen, damit sie namentlich aufgrund der Pflichten nach Art. 6 GwG belegen können, dass und v.a. auch wann sie Abfragen im Register vorgenommen haben und so die von ihnen in diesem Kontext geforderten Abklärungen und Aktennotizen auch belegen können. Aus Vertraulichkeitsgründen genügt es, wenn eine registerrechtliche Nummer publiziert wird, aufgrund derer der Finanzintermediär bzw. Berater die abgefragte Person identifizieren und zuordnen kann.

Es soll ein neuer Abs. 3 eingefügt werden, der auch für die Prüfungen nach Art. 27 hilfreich sein kann:

³ Jede Abfrage wird durch ein Protokoll mit Datum und Uhrzeit und abgefragter Personen bzw. der registerrechtlichen Nummer quittiert.

Risikokategorien

In Art. 40 TJPV erfolgt eine Risikokategorisierung der eingetragenen Rechts- und Organisationseinheiten. Diese ist nach Aussagen des SIF bzw. der zukünftigen Kontrollstelle über das Register rein intern und registerrechtlich motiviert. Die Abfragenden sollen diese Einteilung nicht sehen können. Es werden 4 Risikokategorien von niedrig bis sehr hoch vorgesehen, die Verwirrung stiften.

Wir schlagen vor zu prüfen, ob es nicht genügen würde, 3 Risikokategorien vorzusehen, wie im GwG üblich, nämlich tief, normal und hoch und nicht eine eigene Terminologie einzuführen.

Sodann soll Abs. 1 ergänzt werden, um den internen Gebrauch deutlich zu machen:

Jede Rechtseinheit und eingetragener Organisationseinheit ausländischen Rechts wird aus registerrechtlichen Gründen einer der folgenden Risikokategorisierung zugeordnet, ohne dass die

Stellen, die Zugriff auf das Register haben, diese Kategorisierung einsehen können.

Es bleibt aber unklar, ob diese interne Kategorisierung, die offensichtlich auch nicht überprüft werden kann, datenschutzrechtlich erlaubt ist, zumal auch nicht klar ist, ob die Behörden, die Einsicht nehmen können, diese Informationen erhalten können oder nicht.

Januar 2026